

nung und Protokolle niemandem, auch Sommer nicht bekannt sind, soll „unterhalb des Wahrnehmungshorizontes der Öffentlichkeit agieren“.

„Küchengespräche und Kungelei führten in der Vergangenheit dazu, den Neustart der Endlagersuche mit Gorleben zu belasten. Mit der Ad-hoc Arbeitsgruppe wird der ausgetretene Pfad einer intransparenten Atommüllpolitik nicht verlassen. (...) Wenn das der sogenannte ‚lernende Prozess‘ der Endlagerkommission ist, dann wird deutlich, dass das Lernen und die Öffentlichkeitsbeteiligung da eine Grenze hat, wo es um Entscheidungen geht. So wird niemals Akzeptanz geschaffen, damit wird Protest provoziert“, resümiert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Konsequenterweise spreche Sommer von einer Scheinbeteiligung der Öffentlichkeit und sehe darin gar eine Strategie, die darauf ausgerichtet sei, „nur ja keine Beteiligungsgelüste aufkommen zu lassen“ – diesbezüglich sei die Arbeit bislang sehr erfolgreich. Ehmke: „Dieses Vorgehen muss ein Ende haben, undurchsichtige Absprachen füttern den Verdacht, dass in Sachen Endlagerung alles hinter den Kulissen entschieden wird.“

Die Bürgerinitiativen und die Organisation ‚ausgestrahlt‘ wollen parallel zur Veranstaltung der Endlagerkommission eine eigene Veranstaltung mit eigenen Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung durchführen. ●

Atommüll

Stilllegung und Rückbau des AKW Isar 1/Ohu

Das Genehmigungsverfahren für die Stilllegung und den Rückbau des Blocks 1 des Atomkraftwerks Isar 1/Ohu

soll laut Genehmigungsbehörde Ende 2015/Anfang 2016 abgeschlossen sein. Das erklärt die Bundesregierung in einer Antwort (Bundestagsdrucksache 18/4291 vom 12.3.2015 [1]) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke. Derzeit laufe zudem ein Änderungs genehmigungsverfahren für die verkehrsrechtliche Zulassung einer modifizierten Ausführung des Transport- und Lagerbehälters Castor V/52. Mit einer Genehmigung sei im Laufe des Jahres 2016 zu rechnen.

Nach der Katastrophe von Fukushima war das Atomkraftwerk (AKW) Isar 1/Ohu vom Typ Siedewasserreaktor per Atomgesetz abgeschaltet worden. Inzwischen ist der Rückbau des Atomkraftwerks geplant. Entsprechende Anträge hat der Betreiber bei der zuständigen Atomaufsicht in Bayern eingereicht. [2]

Noch immer befinden sich 1.734 der hochradioaktiven Brennelemente aus dem Betrieb des Siedewasserreaktors im Nasslager des Reaktorgebäudes. Eine aus sicherheitstechnischen Gründen sinnvolle Auslagerung der Brennelemente konnte bislang nicht erfolgen, weil die dazu erforderlichen Castorbehälter für diesen Reaktortyp bislang noch immer nicht genehmigt sind, geschweige denn in der erforderlichen Stückzahl zur Verfügung stehen. Den Angaben der Bundesregierung zufolge werden dafür 34 der Castorbehälter benötigt.

Nach Information der Fragesteller gehen die Behörden trotzdem davon aus, dass die Auslagerung etwa bis zum Jahr 2016 bzw. 2017 erfolgen soll.

Solange hochradioaktive Kernbrennstoffe in der Anlage sind, müssen eine Vielzahl von Schutzeinrichtungen betrieben werden, die Kritikalitätsunfälle verhindern und die Kühlung gewährleisten. Baumaßnahmen stellen damit grundsätzlich erhöhte Risiken dar, so-

lange hochradioaktive Brennstoffe in der Anlage sind. Der Rückbau sollte daher möglichst erst stattfinden, wenn die Anlage vollständig frei von hochradioaktiven Brennstoffen ist, meint die Fraktion Die Linke.

Die Bundesregierung ist nicht dieser Ansicht und meint, die Stilllegung und der Abbau eines Kernkraftwerkes sei „ein komplexes Vorhaben, das in mehreren Phasen“ ablaufe. Diese Phasen müssten in den einzelnen Genehmigungsschritten vom Betreiber in den zugehörigen Antragsunterlagen dargelegt werden, wobei „auch mögliche Auswirkungen zu untersuchen, die Einhaltung der Schutzziele nachzuweisen und entsprechende Vorkehrungen zur Verhinderung negativer Auswirkungen darzulegen“ seien. Erst nach erfolgter Prüfung und Erteilung der jeweiligen Genehmigung könnten die einzelnen Schritte umgesetzt werden. Die Umsetzung unterliege der staatlichen Kontrolle durch die zuständige Behörde und dadurch sei sichergestellt, dass die erforderliche Schadensvorsorge zur Verhinderung der angesprochenen Szenarien gewährleistet wird.

Als Stilllegungsabfälle werden im Mittel circa 5.000 Kubikmeter (hoch-)radioaktiver Abfall je Leichtwasserreaktor erwartet, heißt es weiter in der Antwort der Bundesregierung. Diese sollen konditioniert und die Abfallgebinde anschließend zwischengelagert werden. Die Kapazitäten in den deutschen Zwischenlagern seien nach gegenwärtigem Stand ausreichend, sodass die Errichtung eines neuen Lagers nicht vorgesehen sei.

Im übrigen ist die Bundesregierung der Meinung, das nunmehr rechtskräftige Urteil des Oberverwaltungsgerichts Schleswig habe nur für das Zwischenlager Brunsbüttel unmittelbare rechtliche Auswirkung. Bei der Genehmigungserteilung im Jahr 2003 für das

Standortzwischenlager Brunsbüttel habe es aus Sicht des Gerichts zwar ein Ermittlungs- und Bewertungsdefizit in Bezug auf Einwirkungen Dritter, insbesondere Terrorangriffe gegeben, das Gericht habe aber keine Sicherheitsdefizite des Zwischenlagers Brunsbüttel festgestellt. Bund und Länder seien gemeinsam der Auffassung, dass keine Erkenntnisse vorliegen, die die rechtskräftigen Genehmigungen an anderen zentralen und dezentralen Zwischenlagern infrage stellen.

1. Bundestagsdrucksache 18/4291 vom 12.3.2015, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/042/1804291.pdf>
2. Bayer. Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, www.stmuv.bayern.de/umwelt/reaktorsicherheit/genuehmigung/kki_1.htm ●

Atommüll

„Die Reise zum sichersten Ort der Erde“

Ein Film über die absurde Suche nach einem sicheren Endlager für Atommüll

Einen Film über die Suche nach einem sicheren Endlager für die sogenannten hochradioaktiven (besser: wärmeentwickelnden) Hinterlassenschaften des Atomzeitalters hat der Schweizer Regisseur Edgar Hagen gedreht. Unschädlich für Mensch und Umwelt sollen die inzwischen mehrere hunderttausend Tonnen betragenden wärmeentwickelnden Atomabfälle für Tausende von Jahren endgelagert werden – so jedenfalls der Anspruch. Doch so ein Endlager existiert nicht, während die Produktion von Atommüll ungebrochen fortgesetzt wird. Der in der Schweiz lebende, inzwischen 70 Jahre alte Nuklearphysiker und international vernetzte Endlagerprotagonist Charles McCombie und einige seiner